

Anlage 2 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 02.02.2006

Haushaltrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU zum Haushalt 2006

Sehr geehrter Herr Landrat Wiesmann, sehr geehrter Herr Haßenkamp, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor einigen Jahren habe ich in einer Haushaltsrede den verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau zitiert, weil er in einer Ansprache zu Weihnachten sehr interessante Gedanken geäußert hat zu der Situation der Kinder und Familien in Deutschland. Mit Hochachtung blicke ich auf sein Lebenswerk.

Ich möchte heute mit einem Zitat von ihm aus seiner Berliner Rede am 12. Mai 2004 beginnen dürfen.

„Ich wüsste kein Land, in dem so viele Verantwortliche und Funktionsträger mit so großer Lust so schlecht, so negativ über das eigene Land sprechen, wie das bei uns in Deutschland geschieht. Das bleibt nicht ohne Folgen.“

Es ist auf der einen Seite sicher nicht möglich, alles gut zu reden. Aber alles schlecht darzustellen ist ebenso falsch.

Fangen wir mit der guten Nachricht an: Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden haben in diesem Jahr kaum nennenswerte Kritik geübt. Vielleicht ist das auch durchaus gewollt, dass im Mozart – Jahr mehr Harmonie als Disharmonie gefragt ist.

Auf der anderen Seite möchte ich dem Landrat ganz herzlich danken, dass er mit seinem Kämmerer wesentlich dazu beigetragen hat, dass es zu einem eher harmonischen Miteinander zwischen dem Kreis und den Städten und Gemeinden gekommen ist. Das lässt für die Zukunft hoffen, in vielen Bereichen mit den Kommunen weiterhin wie bisher konstruktiv zusammenarbeiten zu können.

Nun: Einiges ist anders als in den vergangenen Jahren.

Verantwortlich machen für einige Fehlentwicklungen konnten wir immer ganz schnell die rotgrüne Regierung in Berlin sowie in Düsseldorf. Das geht nun nicht mehr wegen der veränderten Mehrheiten. Der Spaßfaktor bei der Schuldzuweisung hielt sich jedoch meist in Grenzen.

Zweitens haben wir es zum ersten Mal mit einem anderen Haushalt zu tun, der verfahrensmäßig anders gestrickt ist. Das neue System, an dem der Kreis Borken intensiv seit einigen Jahren mitgearbeitet hat, trägt den Namen: *Neues kommunales Finanzmanagement*. Es ist noch sehr gewöhnungsbedürftig. Mit kleinen Lesehilfen versehen und mit Hilfe des Kämmerers haben wir bei unserer Klausurtagung die Probe mehr oder weniger bestanden.

Aber die neue Form löst natürlich nicht unsere finanziellen Probleme.

Auch in Zukunft hat das Sparen absolute Priorität, unter anderem, um die Kreisumlage so zu gestalten, dass die Kommunen nicht zusätzlich belastet werden. Bund, Land, Kommunen müssen sparen, sparen, sparen, obwohl das manches Mal auch ein Drahtseilakt ist.

Die jetzige Landesregierung in NRW zum Beispiel hat sich das Sparen auf ihre Fahnen geschrieben, muss aber noch 5.5 Milliarden € an Krediten aufnehmen, um einen ausgeglichenen Haushalt nachweisen zu können.

Unser Haushalt weist ebenso Unwägbarkeiten auf, z.B. im Sozialbereich steigen die Kosten der Grundsicherung im Alter um 1,2 Millionen € steigen, ebenso die Hilfe bei der Pflegebedürftigkeit um 1 Millionen, von 13,9 Millionen auf 14,9 Millionen. Um 1,5 Millionen steigt der Bedarf bei der vollstationären Hilfe zur Pflege. Die Grundsicherung im Alter ist ein Gesetz der alten Bundesregierung. Ob dies in der Form erhalten bleiben kann, muss abgewartet werden. Die Finanzplanung ergibt für das kommende Haushaltsjahr 2006 im Saldo nach allen Ein- und Auszahlungen liquide Mittel in Höhe von 750.000 Euro. Eine Kreditfinanzierung musste bislang nicht in Erwägung gezogen werden. Das war der Stand vom 24.11. 2005. Nach neuen Berechnungen und Mitteilungen vom Land NRW Mitte Januar ist mit einem Minus von 1,3 Millionen zu rechnen.

Bis vor kurzem, also vor der Kreisausschusssitzung hatten wir ein verbleibendes Defizit von 2,7 Millionen Euro. Das genannte Defizit sollte über die sogenannte Ausgleichsrücklage abgedeckt werden. Das ist – wie der Kämmerer bei der Haushaltseinbringung erwähnte, nicht ganz ohne Risiko.

Budget 01 : Arbeit, Soziales und Gesundheit

Der Anstieg der Kosten im Sozialbudget ist nicht zu leugnen. Besonders deutlich wird dies bei den Hilfen zur Pflege.

Jahr für Jahr entstehen in den Kommunen unseres Kreises neue Pflegeheime, weitere sind in Planung.

Es reicht nicht aus zu verkünden „Hurra wir werden älter“!
Wir brauchen neue Ideen um dem Alter zu begegnen, unsere Zukunft zu meistern und dies möglichst ohne weitere große Kostensprünge.

Mit dem Projekt „Leben im Alter neu denken“ wollen wir den Kreislauf durchbrechen, dass am Lebensabend für uns Menschen nicht nur ein Heimplatz auf uns wartet. Wir müssen weg von der Einstellung, dass eine Heimunterbringung die Versorgung unserer Angehörigen schon richtet.
Von dem Projekt „Leben im Alter neu denken“ erhoffen wir uns neue Ideen, die nicht nur den hier im Kreis Borken lebenden älteren Menschen Perspektiven bieten, sondern auch über unsere Kreisgrenzen hinaus. Sicher dürfen wir auf die Auswertungen und Ergebnisse der ersten Projektgruppen in diesem Jahr gespannt sein.

Aber auch in den Kommunen muss ein Umdenkungsprozess beginnen. Jeder neue Heimplatz verursacht hohe Kosten, die wiederum alle Kommunen in Solidarität z. B. über die Kreisumlage zu zahlen haben. Der Wettbewerb unter den Heimen wird immer stärker. Jeder Mensch, der auf Pflegeleistungen angewiesen ist, wird schon regelrecht umworben. Wir brauchen deshalb nicht mehr „Renditeobjekte“ im Bereich Pflege, sondern mehr Kreativität.

Warum also nicht mehr Mut in den Kommunen zeigen?

Warum nutzt man in den Kommunen unseres Kreises nicht die ihnen übertragene Planungshoheit um neue Ideen zu entwickeln und neue Projekte für ein gemeinsames Generationen übergreifendes „Leben auf dem Land“ zu entwickeln?
Können wir nicht auch, wie z.B. in Stuttgart, über den Bau von „Mehrgenerationenhäuser“ nachdenken?

Viele von uns selbst hier im Kreistag leben noch unter einem Dach mit den Eltern oder den eigenen Kindern, oder gar beide Generationen.

In Mehrgenerationenhäusern können Alte und Junge, Behinderte und Nichtbehinderte, Alleinlebende und Alleinerziehende, Familien und Singles zusammen ein Dach über dem Kopf finden.

Was es braucht ist nur etwas Mut um neue Wege in die Zukunft zu gehen und nicht zuerst die Rendite auszurechnen bevor die Planung beginnt, geschweige denn einen Spatenstich für ein Zukunftsfundament zu machen, was nicht zukunftsfähig ist.

Die neue Bundesregierung will in den kommenden 5 Jahren solche Projekte mit 88 Mio. Euro fördern.

Bleibt zu hoffen, dass unsere Kommunen diese neuen Möglichkeiten erkennen und da wo Pflegeheime bisher nur in Planung sind über solche Alternativen auch vor Ort nachzudenken.

Wir brauchen solche Ideen, damit wir nicht in jedem Jahr erneut über enorme Zuwächse bei den Hilfen zur Pflege reden bzw. über die Finanzierung nachdenken müssen. In diesem Zusammenhang will ich nur einige Zahlen nennen. Im Jahre 2000 gab es in dem Sinne noch kein Pflegewohngeld. Bis 2004 ist das Pflegewohngeld auf 12,6 Millionen € angewachsen. Zusätzliche Mittel vom Bund oder Land gibt es dafür nicht.

Zur Zeit sieht es nämlich so aus, dass für 2005 und 2006 in verschiedenen Orten des Kreises Borken 197 Heimplätze neu eingerichtet werden sollen. Für 2007 steht die Schaffung von weiteren 160 Plätzen fest. Jeder dieser Plätze kostet im Schnitt circa 6.000 €.

Das ist ein Ausgabenblock von 2.262.0000 €. Das kann der Kreis nicht zusätzlich schultern.

Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Kreis müssen sich zusammensetzen und darüber reden, wie die Kosten verteilt werden können oder welche Möglichkeiten genutzt werden können im Sinne des vorhin genannten Projekts:

„Leben im Alter neu denken!“

Hartz IV

Am 01.01.2005 sind wir unter denkbar schlechten Umständen als ein Kreis von über 60 Optionskreisen in Deutschland angetreten, um Menschen ohne Arbeit hier in unserem Kreis neue Perspektiven zu bieten.

Die Verwaltung war wegen fehlender EDV-Abstimmungen mit den Arbeitsämtern kaum in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Unser politischer Wunsch war es, dass alle die von der Systemumstellung betroffen waren, im Januar auch pünktlich ihr Geld bekommen sollten.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben daran gearbeitet, dass unser politischer Wunsch auch in Erfüllung ging.

An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die mehr getan haben als es ihre eigentlichen Aufgaben vorsahen, für die geleistete Arbeit ein herzliches Wort des Dankes sagen.

Mit Spannung dürfen wir auf die Auswertung des Jahres EINS als Optionskreis warten.

Wird sich unser Wunsch erfüllen, dass sich unter Einbeziehung der einzelnen Kommunen die Ausgangslage für Menschen ohne Arbeit verbessern wird?

Erhalten wir aus dem neuen Tätigkeitsfeld auch neue Erkenntnisse, wo die Knackpunkte der zukünftigen Arbeit liegen?

Müssen wir in dem einen oder anderen Segment umsteuern?

Ist das eingesetzte Personal ausreichend?

Werden die Betroffenen ausreichend und umfassend beraten, damit sie für sich neue Perspektiven nutzen können?

Viele Fragen könnte ich hier noch zusätzlich stellen.

Wichtig ist, dass wir bei allem Gezeiter um Zuständigkeiten, Finanzierungen usw. am Ende nicht die Aufgabe vergessen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Herr Haßenkamp hat es in einem Interview mit „Wirtschaft aktuell“(WFG) auf den Punkt gebracht:“ Kerngedanke ist die Nähe zum Kunden. Wir haben unsere „Service – Punkt Arbeit im Kreis Borken“ so organisiert, dass jeder Hilfesuchende in seinem Wohnort eine kompetente Betreuung erhält und jedes Unternehmen vor Ort seine Ansprechpartner für die kommunale Arbeitsvermittlung hat.“ Zusätzlich, so das Vorstandsmitglied Haßenkamp, auch zuständig für den Sozialbereich, sei der intensive Kontakt zu den Arbeitgebern entscheidend. Herr Haßenkamp weiter:

„Natürlich habe es anfänglich viele Schwierigkeiten gegeben und teilweise gibt es sie auch noch – das ist bei so einer gewaltigen Veränderung in den Sozialsystemen gar nicht zu vermeiden.“

Budget 02 Jugend und Familie

Ein Schweben zwischen Himmel und Hölle“ so hatte sich unser Kreiskämmerer bei der Haushaltseinbringung geäußert.

„Himmel“ – weil es scheint, als könnten wir die ersten Früchte unseres Präventionskonzeptes ernten. Der Jahresabschluss 2005 weist einen Überschuss auf mit dem nicht nur die Schulsozialarbeit in 2006 finanziert werden kann, sondern auch eine Umlagesenkung von 0,4 Prozentpunkten zulässt.

„Hölle“, weil wir nicht ans nächste Jahr denken dürfen. Wir wissen nicht, wie und ob die angekündigten Kürzungen der Landesregierung in diesem Jahr schon wirksam werden. Die möglichen Kürzungen in einem Flächenkreis werden sich anders auswirken als in den Städten. Jetzt kann man natürlich sich die Frage stellen, warum die CDU-Fraktion bei einer derartigen Gefechtslage und den damit verbundenen Unwägbarkeiten eine Absenkung der Jugendamtsumlage favorisiert.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht und sehr intensiv darüber beraten. Wir sind – und das möchte ich auch noch deutlich machen – in einer anderen Position als die SPD – Kreistagsfraktion, die die Jugendamtsumlage nicht absenken will.

Die CDU – Fraktion will den finanziellen Belastungen der Kommunen Rechnung tragen. Sie sind genug belastet. Unsere Aussage war in der Vergangenheit und bleibt auch so in der Gegenwart die Haushaltsverbesserungen an die Kommunen weiter zu geben. Wir wollen ein verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden sein. Bei der Aufstellung der Entwicklungsziele für die Periode bis 2009 haben sich folgende Schwerpunkt - Themen heraus kristallisiert.:

1. Demographischer Wandel
2. Leben und wohnen im Alter
3. Erziehung und Bildung

Alle Themen haben eine hohe Schlüsselfunktion in den einzelnen Fachbereichen, die man nicht isoliert betrachten kann, wie ich oben schon am Beispiel „Leben im Alter – Mehrgenerationenhaus“ ausgeführt habe.

Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung werden die Aufgabenstellungen auch in der Jugendhilfe immer komplexer. Das erfordert längerfristige und

zukunftsbezogene Strategien zur Lösung. Deshalb ist der Maßnahmenkatalog entstanden – ein Aushandlungsprozess, der ständig überarbeitet und ebenso abgearbeitet werden muss, bei dem die Prävention ein wichtiger und bestimmender Faktor ist. Die Familie ist – wie keine andere Gemeinschaft – eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Der Zusammenhalt in den Familien hat eine zentrale Grundlage für die Solidarität und Stabilität der Gesellschaft. Leider führt die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung zu immer höheren Defiziten der Eltern auch namentlich bei der Kindererziehung. Mit verschiedenen Projekten versuchen wir die Probleme zu beheben und die elterliche Erziehungskompetenz zu stärken. Ich nenne hier nur einige Aktionen: Bündnis für Familie, Familienzentren, Familienbüro, Familienbildung, Toleranz, Teamfähigkeit, außerschulische Jugendbildung. Die genannten Themenbereiche enthalten Schlüsselfunktionen, die immer wichtiger werden.

Und trotz dieser vielen richtigen und wichtigen Schritte ist die CDU - Kreistagsfraktion der Überzeugung, dass dieses Netzwerk an Hilfen noch enger geknüpft werden muss. Sie hat deshalb schon die im Jugendhilfeausschuss genehmigten Maßnahmen wie „hot – line“ in Krisensituationen, Frühberatung von Problemfamilien, Erziehungspartnerschaften zwischen Elternhaus, Kindergarten und Schule eingebracht. Ein weiterer Kernpunkt unserer Kinder – und Jugendpolitik ist die Jugendarbeit auf Verbandsebene. Die CDU – Fraktion schätzt die hervorragende Arbeit, die von den ehrenamtlichen Helfern in den Vereinen und Verbänden für die Jugendlichen und für die Kinder geleistet wird. Die CDU – Kreistagsfraktion wird das Mögliche tun, um diese Arbeit auch in den kommenden Jahren weiter zu stützen.

Das Jugendbudget möchte ich mit dem Satz eines Insiders abschließen. Er lautet wie folgt: „Wo die Jugendarbeit gut ist, stellen Jugendliche auch nichts an. Wenn aber nichts passiert, wird auch nichts berichtet. Und dann glauben alle, an der Jugendarbeit sparen zu können.“

Budget 03 Tiere und Lebensmittel

Im Kreisschuss vor einer Woche wurde der Antrag der CDU ein wenig belächelt, 50.000 Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen für ein Sonderprogramm zum Verbraucherschutz. Das verstehe ich überhaupt nicht. Natürlich haben wir einen sehr hohen Viehbestand im Kreis Borken. Wenn ich richtig informiert, ist es der höchste im Land NRW. Darauf können wir durchaus stolz sein. Ebenso sind wir natürlich stolz auf die Leistungsfähigkeit der Landwirte, keine Frage.

Die CDU ist der Auffassung, dass alles Mögliche getan werden muss, um den Verbraucher zu schützen. 1,2 Millionen Euro werden für den gesundheitlichen Verbraucherschutz zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wird ein Betrag von 2,7 Millionen Euro ausgegeben für die Schlachthofüberprüfungen, die kostendeckend über Gebühren abgewickelt werden. Die Sicherheit der Verbraucher muss natürlich gewährleistet sein und es muss alles getan werden, dass einigen Leuten, die bewusst verdorbene Produkte in den Handel bringen, dass diesen Leuten das Handwerk gelegt wird.

Budget 05 Schule Kultur Sport

Circa 8 Millionen Euro hatte es gekostet, als im Vorjahr Neubau und Sanierung der Kaufmännischen Schule der Berufskollegs in Ahaus abgeschlossen waren. 1,3 Millionen Euro sind es in diesem Jahr, die für die Sanierung des Berufskollegs „Am Wasserturm“ in Bocholt bereitstehen.

.... eine Menge Geld, das wir gern ausgeben!

Denn: Kaum eine andere Ausgabe verdient so gewiss und sicher die Bezeichnung: „Investition in die Zukunft“ wie das Geld, das in die Rahmenbedingungen für Bildung und Ausbildung fließt. Der Kreis Borken hat keine nennenswerten natürlichen Ressourcen bis auf den Leistungswillen, die Leistungsfähigkeit und das geistige Potential seiner Bewohner. Um den Übergang von der Industrie- zur Wissens und Informationsgesellschaft hat dieser Rohstoff einen zentralen Wert bekommen.

Die Berufskollegs des Kreises Borken bieten hochdifferenzierte , den Anforderungen des Arbeitsmarktes immer aktuell angepasste Bildungsgänge. Das soll auf jeden Fall so bleiben.

Daher sagt die CDU des Kreises auch uneingeschränkt „Ja“ zu der Erstellung einer empirischen Studie zur Bildungslandschaft im Kreis Borken in allen Schulformen. 100.000 Euro sind im Haushalt eingestellt, die in angemessener Form eingesetzt werden sollen, um auf gesicherter Grundlage rechtzeitig die Weichen stellen zu können, damit die gute Ausbildungssituation im Kreis Borken auch gut bleibt und , wo es nötig ist, verbessert wird.

Budget 07 Verkehr

Für das kommende Jahr gibt es für die Fraktionen im Kreis Borken aber auch in den anderen Münsterlandkreisen sowie in der Stadt Münster zwei zentrale Themen:

1 Zukunft von RVM.

Zur Zeit gibt es eine Strukturkommission, die den Versuch machen soll, die Koordination der verschiedenen Gesellschaften und Positionen zu erreichen. Das ist bei der unterschiedlichen Interessenlage gar nicht so einfach, zumal die öffentlichen Mittel nicht mehr in dem Maße fließen werden.

Ziel ist es u. a., die hohen Qualitätsstandards im ÖPNV weiterhin gewährleisten zu können.

Drei Ziele der CDU auf Ebene der Kreise und Städte im Münsterland sind bislang im Konsens erarbeitet worden:

1. Erhalt des Leistungsangebotes.
2. Weitestgehende Einbindung der mittelständischen Betriebe.
3. Bündelung von Strecken, damit interessante Bündelungen mit hoher Akzeptanz bei den Kunden entsteht.

Insgesamt handelt es sich um eine sehr komplexe Materie, bei der es nach wie vor in weiten Bereichen eine starke Rechtsunsicherheit besteht. Deshalb ist es sehr wichtig, dass weiterhin die Münsterlandkreise einheitlich vorgehen.

Die völlige Privatisierung der RVM ist fast ausgeschlossen, weil die so genannten Remanenzkosten von den Kreisen nicht aufgebracht werden können. Etwa 110 Unternehmen arbeiten derzeit für RVM.

Die Verhandlungen mit RVM laufen z. Zt. mit dem Ziel der Kostensenkung. Unabhängig von der Entscheidung des Landes bleibt die Problematik insgesamt bestehen und es wird noch eine Zeit dauern, bis die Dinge endgültig geregelt sein werden.

Aus unserer Sicht wäre die Möglichkeit , RVM an einen sog. „Global Player“ zu verkaufen, der über genügend finanzielle Ressourcen verfügt, keine vernünftige Lösung, weil dadurch viele kleine und mittelgroße Unternehmen auf der Strecke blieben und in Zukunft die Preisgestaltung nicht mehr zu beeinflussen wäre.

Nicht zu vernachlässigen ist der SPNV, der Schienenpersonen-Nahverkehr für das Münsterland. Das sieht der Regionalrat des Regierungspräsidenten in Münster auch so. Der Journalist Elmar Ries der Westfälischen Nachrichten schrieb dazu in der gestrigen Ausgabe auf der Westfalenseite:

„Projekt Schiene: Wie berichtet, flösse künftig kein müder Euro in den Regierungsbezirk, ging es nach dem Willen Düsseldorfs. Nicht sein kann, was nicht sein darf: Auch hier setzte die Bezirksregierung eigene Prioritäten, und bekam dafür Applaus von CDU, SPD, FDP und Grünen. Weil sie – mutig oder dummdreist – drei Verbindungen im Münsterland auf die ersten Listenplätze A setzte.“ Für das Münsterland ist der SPNV neben dem ÖPNV von existenzieller Bedeutung in der Frage der Mobilität.

Mein Kollege Hermann Horstick berichtete am Dienstag in der Fraktion darüber. Die Verbindungen Münster Steinfurt - Gronau sowie Münster Coesfeld sind für den Kreis Borken nach wie vor sehr wichtig und wir müssen alles tun, damit sie erhalten bleiben.

Querschnittsfunktionen

Unter anderem wird bei der nächsten Aufsichtsratssitzung der WFG Anfang Februar über die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Borken gesprochen. In einem gemeinsamen Positionspapier für das Münsterland mit dem Titel: „Chancen der Region gemeinsam nutzen“, das auf der letzten Sitzung der WFG verteilt wurde, heißt es u. a.:

„Das Münsterland bezieht seine Stärken aus einem vielschichtigen mittelständischen Mix aus Industrie, Handel Dienstleistungen und Landwirtschaft mit international führenden Unternehmen.“

Wenn es Stärken gibt, kann es auf der anderen Seite auch Risiken geben. Dazu heißt es in dem Arbeitspapier:

„Die relativ guten Kennzahlen zur aktuellen Situation dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Münsterland angesichts des massiven Wandels der (welt)wirtschaftlichen Rahmenbedingungen tiefgreifenden Strukturproblemen gegenüber sieht. Eine Reihe von Indikatoren deutet darauf hin, dass das Münsterland seine Spitzenstellung in NRW zu verlieren droht, wenn nicht massiv gegengesteuert wird.“ Die folgenden Kennzahlen belegen, dass sich das Münsterland im Vergleich zum Land NRW einer drohenden strukturellen Wachstums und Entwicklungsschwäche gegenüber sehen könnte.

Arbeitsproduktivität

	Arbeitsproduktivität	Gründungsklima je 10.000 Einw.	Exportprodukte
2002	Bruttowertschöpfung		2004
Münsterland	45.810 Euro (88 %)	84 (86 %)	32,5 %
NRW	53.311 Euro	97	38,1 %

Nun kann man das zunächst einmal unterschiedlich werten. Dies könnte zum Beispiel ein Beleg dafür sein, dass die Wirtschaft im Münsterland unterdurchschnittlich in dem Prozess der Internalisierung und Globalisierung eingebunden ist und die Chancen für die heimische Wirtschaft noch nicht optimal genutzt hat. Diese

Darstellung halt ist für übertreiben und ist auch nicht differenziert für die jeweiligen Gebietskörperschaften.

Richtig jedoch ist, dass es durchaus einen Handlungsbedarf hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik gibt und es eine weitere Unterstützung durch das Land und durch die Europäische Union in Zukunft geben muss. Dies ist mit Hilfe von Anträgen schon auf den Weg gebracht worden, so dass eine weitere Förderung der Region auch ab 2007 gesichert ist.

Es muss auch im wohlverstandenen Interesse des Landes NRW liegen, dass das Münsterland als wirtschaftsstrukturell vergleichsweise erfolgreiche Region mit Hilfe der EU-Strukturfonds auch nach 2006 sowohl in der Priorität 2 als auch in der Priorität 3 gezielt weiter zu entwickeln ist.

Die Münsterlandkreise und die Stadt Münster werden alles tun und ihren Einfluss geltend machen, dass auch in Zukunft die Förderung möglich wird.

Nach wie vor wichtig für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Borken sind die Entscheidungen der Unternehmungen, weiterhin Investitionen zu tätigen sowie notwendige Innovationen zu ermöglichen. Gerade die Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und mit der WFG kann dabei von Nutzen sein. Ebenso wichtig sind die Ressourcen in Bezug auf Bildungsgänge und berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten. Dazu hat die CDU- Fraktion einige Vorschläge gemacht. Der Kreis ist mit den Beruflichen Schulen, mit der BBS, der TAA sowie mit der Fachhochschule gut aufgestellt. Viele der notwendigen Investitionen sind auch schon in den vergangenen Jahren erfolgt.

Das Bessere ist immer der Feind des Guten. Deshalb gilt auch für diesen Bereich die entsprechenden Optimierungsmöglichkeiten zu schaffen, um wieder eine Spitzenstellung einzunehmen.

Ende

Ein Zitat von Herrn Johannes Rau möchte ich am Ende meiner Ausführungen nennen dürfen: „Das Ideal meiner Politik ist es, das Leben der Menschen im Laufe der Jahre ein Stückchen menschlicher zu machen.“

Ich unterstelle dem Landrat, dem Kämmerer, allen Bediensteten des Kreises und natürlich allen Kolleginnen und Kollegen der Politik im Kreistag über Parteigrenzen hinweg, dass sie die in dem Zitat genannte Prämisse der politischen Arbeit anerkennen und alle den Versuch machen, die formulierten Zielsetzungen des ehemaligen Bundespräsidenten umzusetzen. In diesem Sinne freue ich mich auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit.

Schließen möchte ich mit einer kleinen Umwandlung des Zitats:

„Das Ideal unserer Politik hier im Kreistag über Parteigrenzen hinweg sollte es sein, für alle Bürgerinnen und Bürger das Beste zu erreichen!“ Meist geschieht das ja auch so.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

Es gilt das gesprochene Wort.